Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	18.06.2013	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	18.07.2013	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)
3. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bielefeld über die Entwässerung der Grundstücke (Entwässerungssatzung) und 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 22.12.1992
Betroffene Produktgruppe
11 11 05, 11 11 04
Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen
keine
Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan
keine
Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)
Beschlussvorschlag:
Die 3. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Bielefeld über die Entwässerung der Grundstücke (Entwässerungssatzung) vom 26.06.2007 und die 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben vom 22.12.1992 werden gemäß Anlagen 1 und 2 beschlossen.
Begründung:
Durch das Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes (LWG) vom 05.03.2013 (GV. NRW. 2013 S. 133) ist § 61 a LWG (Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen) aufgehoben worden. Die §§ 53 (Pflicht zur Abwasserbeseitigung), 53 c (Umlage von Kosten der Abwasser- und Fremdwasserbeseitigung) und 61 LWG (Selbstüberwachung von Anlagen) sind um einige allgemeine Regelungen zur Dichtheitsprüfung ergänzt worden. Die Änderungen sind am 16.03.2013 in Kraft getreten.
Fristen zur Dichtheitsprüfung enthalten die neuen gesetzlichen Regelungen nicht. Das Änderungsgesetz sieht eine Ermächtigungsgrundlage für eine Rechtsverordnung vor, in der die Einzelheiten der Zustands- und Funktionsfähigkeitsprüfung - einschl. der erforderlichen Fristen - für alle Abwasseranlagen geregelt werden können.
Die Gemeinden haben eine Ermächtigung für satzungsrechtliche Regelungen erhalten. In § 53 LWG ist u. a. folgender Satz eingefügt worden: „Die auf der Grundlage der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassenen Satzungen zur Regelung von Fristen können fortbestehen.“
Dies bedeutet für Bielefeld, dass die Fristen des § 18 der Bielefelder Entwässerungssatzung weitergelten, wenn der Rat keine entgegenstehende Entscheidung fällt, also die Satzung nicht ändert.

So müssten danach z. B. im Wasserschutzgebiet Bielefeld-Gadderbaum die Abwasserleitungen bis zum 31.12.2013 auf Dichtheit geprüft werden.

Dies ist nicht gewollt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die untergesetzlichen Regelungen noch nicht existieren und derzeit nicht absehbar ist, wann sie in Kraft treten.

Es wird daher vorgeschlagen, den § 18 der Entwässerungssatzung in seiner derzeitigen Form aufzuheben und lediglich allgemein auf die gesetzlichen Grundlagen zu verweisen. In diesem Zusammenhang wird auch vorgeschlagen, Verweise auf die Dichtheitsprüfung nach § 18 Entwässerungssatzung in der Satzung über die Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben zu streichen.

Inhaltliche Details zur Dichtheitsprüfung sollen ggf. satzungsrechtlich erst geregelt werden, wenn die Verordnung des Landes vorliegt.

Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz

Anja Ritschel

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.